Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4164

10. 03. 89

Sachgebiet 7

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Biedenkopf, Carstensen (Nordstrand), Frau Dempwolf, Funk (Gutenzell), Herkenrath, Dr.-Ing. Kansy, Kraus, Dr. Lammert, Lintner, Schmidbauer, Dr. Schwörer, Frau Verhülsdonk, Zink und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Hitschler, Beckmann, Bredehorn, Dr. Feldmann, Frau Folz-Steinacker, Funke, Gries, Grünbeck, Kohn, Dr.-Ing. Laermann, Frau Dr. Segall, Frau Seiler-Albring, Dr. Solms, Dr. Weng (Gerlingen), Wolfgramm (Göttingen) und der Fraktion der FDP

Bedeutung und Wirkungen des Strukturwandels in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation

Wir fragen die Bundesregierung:

1. *Bedeutung und Ursachen des Strukturwandels*

1.1 Worin äußert sich Strukturwandel, und welches sind nach Ansicht der Bundesregierung die wesentlichen Bestimmungsfaktoren?

1.2 Worin liegen nach Meinung der Bundesregierung die immer wieder – z. B. auch vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – betonten Chancen des wirtschaftlichen Strukturwandels, und wie verhalten sich diese zu den Belastungen, denen Arbeitnehmer und Unternehmer durch die damit verbundenen Marktveränderungen ausgesetzt sind? Sind die kleinen und mittleren Unternehmen in der Lage, die Herausforderung Strukturwandel zu bewältigen und ihre Funktion als Motor der Volkswirtschaft und Arbeitsplatz Nr. 1 zu erhalten?

1.3 Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der engen internationalen Verflechtung der deutschen Wirtschaft für den Strukturwandel zu?

Wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Herausforderung durch den europäischen Binnemarkt?

Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang dem Bereich Forschung und Technologie bei?

1.4 Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ohne die rasche und flexible Anpassung an den weltweiten Struktur-

wandel die führende Position der deutschen Unternehmen im internationalen Wettbewerb gefährdet ist und daß in anderen wichtigen Industrieländern Politik und Wirtschaft bereits größere Anpassungsanstrengungen unternommen haben?

1.5 Wie schätzt die Bundesregierung die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen ein? Teilt sie die Meinung mancher Beobachter, die Schwächen vornehmlich im Bereich der technologischen Leistungsfähigkeit konstatieren und den Handlungsspielraum der Unternehmen durch eine Fülle reglementierender bürokratischer Vorgaben eingeengt sehen?

1.6 Welche Faktoren fördern nach Ansicht der Bundesregierung eine rasche Anpassung an den Strukturwandel, wo liegen gravierende Anpassungshemmnisse?

1.7 Wie beurteilt die Bundesregierung den Strukturwandel zu mehr Dienstleistungen? Rechtfertigt es der international vergleichsweise niedrige Dienstleistungsanteil, von einer deutschen Dienstleistungslücke zu sprechen, und ist dieses Defizit im hohen Maße in dem Bestreben der öffentlichen Hand begründet, in öffentlicher Regie erbrachte Dienstleistungen dort zu halten?

1.8 Inwieweit wird der Strukturwandel durch die erheblich zugenommenen Engpässe bei der Verkehrsinfrastruktur behindert?

1.9 Hat sich nach Einschätzung der Bundesregierung die Rolle der Sachinvestitionen für den Strukturwandel, insbesondere gegenüber dem wachsenden Gewicht von Humankapital und der Bedeutung von Forschung und Entwicklung geändert?

2. *Förderung des Strukturwandels durch eine marktwirtschaftliche Strukturpolitik*

2.1 Die Bundesregierung hat im Jahreswirtschaftsbericht 1988 die Absicht bekräftigt, ihre marktwirtschaftliche Strukturpolitik fortzusetzen.

Wie müßte nach Ansicht der Bundesregierung eine angemessene Verteilung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen Staat und Wirtschaft in der Strukturpolitik aussehen? Welche Bedeutung kommt der Strukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft zu?

2.2 In welchem Verhältnis stehen nach Ansicht der Bundesregierung eine gesamtwirtschaftlich orientierte Wachstumspolitik und die Politik zur Förderung der strukturellen Anpassung zueinander?

2.3 Welche Konsequenzen hält die Bundesregierung angesichts des Strukturwandels bei den Verkehrsträgern für angemessen?

2.4 Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung strukturpolitischer Aktivitäten?

2.5 Wie beurteilt die Bundesregierung die öffentliche Förderung von Wachstumsbereichen?

Wie definiert sie diese und wie grenzt sie diese von stagnierenden Bereichen ab?

2.6 Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen im künftigen Binnenmarkt zu fördern?

2.7 Welche Beiträge zur Bewältigung des Strukturwandels liefern nach Meinung der Bundesregierung die verschiedenen von ihr geförderten Maßnahmen im Bereich von Forschung und Entwicklung?

2.8 In welcher Weise trägt die Bundesregierung dazu bei, daß neue Handlungsspielräume als Folge von Forschung und technologischer Entwicklung für zukunftsgestaltende Erneuerungs- und Anpassungsprozesse genutzt werden?

2.9 Wird nach Auffassung der Bundesregierung das geltende wettbewerbsrechtliche Instrumentarium seiner Aufgabe, den Wettbewerb als Grundlage utnernehmerischer Leistungsfähigkeit zu sichern unter veränderten Bedingungen (z. B. Internationalisierungstendenzen der Wirtschaft) gerecht?

Wie können nach Auffassung der Bundesregierung die regulierten Märkte liberalisiert werden?

2.10 Welche wesentlichen Fortschritte sind bei der Aufgabe, Initiative und Flexibilität in der Wirtschaft durch den Abbau staatlicher Regulierungen mehr Raum zu geben, bisher erreicht worden? Worauf führt die Bundesregierung Hemmnisse der Deregulierungspolitik zurück, und welche darüber hinausgehenden Ansatzpunkte für weitere konkrete Deregulierungsschritte sieht sie?

2.11 Wie hat sich die Staatsquote in der Vergangenheit entwickelt, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Staatsquote noch weiter zu senken?

2.12 Wie weit sind die Privatisierungspläne der Bundesregierung von öffentlichen Unternehmen und Dienstleistungen verwirklicht? Ist auch der staatliche Einfluß auf die Unternehmenspolitik fühlbar eingeschränkt worden? Wie will die Bundesregierung die Privatisierungspolitik fortführen, und welche Vorstellungen hat sie dabei hinsichtlich der Förderung der Beteiligung von Arbeitnehmern bei Produktivvermögen? Wie können die Länder und vor allem die Kommunen zu verstärkten Anstrengen bei der Privatisierung insbesondere im Dienstleistungsbereich veranlaßt werden?

2.13 Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft insbesondere durch Abbau struktureller Hemmnisse zu verbessern?

2.14 Welche Beziehungen bestehen nach Meinung der Bundesregierung zwischen Strukturwandel und Umweltschutz, und

welche umweltpolitischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dieser Einschätzung?

2.15 Welche Rolle spielt nach Auffassung der Bundesregierung die Versorgung der Wirtschaft mit Energie zu international wettbewerbsfähigen Preisen? Welche Möglichkeiten einer kostengünstigeren, sicheren und umweltgerechten Energieversorgung – auch im Hinblick auf den Treibhauseffekt – sieht die Bundesregierung kurz-, mittel- und langfristig, und welche Bedeutung mißt sie dabei den einzelnen Energieträgern zu?

2.16 Hat nach Einschätzung der Bundesregierung der weltweite Protektionismus in den letzten Jahren zu- oder abgenommen? Welche Bereiche sind ihrer Ansicht nach besonders betroffen, und welche Konsequenzen gedenkt sie, daraus zu ziehen?

2.17 Haben nach Ansicht der Bundesregierung die starken Wechselkursfluktuationen der 70er und insbesondere der 80er Jahre den weltweiten Strukturwandel beeinflußt und die Protektionismusgefahren verstärkt? Welchen Beitrag hat das Europäische Währungssystem zur Stabilierung der Wechselkursschwankungen unter den Teilnehmerländern geleistet? Welche realistischen Möglichkeiten in der internationalen Zusammenarbeit zur Abmilderung von Wechselkursschwankungen sieht die Bundesregierung?

2.18 Welchen Umfang und welche Entwicklung hatten die Subventionen (Finanzhilfen und Steuervergünstigungen) des Bundes sowie die gesamten Subventionen einschließlich derer der EG nach Wirtschaftszweigen in den vergangenen Jahren? Wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung?

2.19 Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Erhaltungssubventionen (Finanzhilfen und Steuervergünstigungen) zugunsten von innovationsorientierten Investitionen verstärkt umzuschichten, und könnten damit dem Strukturwandel wichtige Impulse gegeben werden?

2.20 Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß auf die Erhaltung von Unternehmen und Wirtschaftszweigen gerichtete Subventionen den Anpassungsdruck in den betroffenen Branchen auf Dauer doch nicht mindern können? Wie beurteilt sie die gesamtwirtschaftlichen Kosten z. B. durch Belastung nachgelagerter Produktionsstufen und durch Erschwerung der Umstrukturierung der Wirtschaft hin zu expandierenden Wachstumsbranchen?

3. *Strukturwandel und Investitionen*

3.1 Sieht die Bundesregierung Anzeichen für eine Investitionszurückhaltung in der Bundesrepublik Deutschland? Worin liegen ggf. deren Gründe, und welches sind die wichtigsten Ansatzpunkte zu ihrer Überwindung?

3.2 Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Strukturwandel durch kleine und mittlere Unternehmen wichtige Impulse erhält? Welche wesentlichen Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit diese Unternehmen ihre aktive Rolle weiterhin spielen können oder rechnet die Bundesregierung mit einem Konzentrationsschub?

Welchen Stellenwert räumt die Bundesregierung im Hinblick auf den Strukturwandel den staatlichen Hilfen zur Leistungssteigerung im Mittelstand ein?

3.3 Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Steuerreform auf Investitionen und Strukturwandel? Welche weiteren steuerpolitischen Schritte hält die Bundesregierung künftig für notwendig?

3.4 Reichen die öffentlichen Investitionen nach Ansicht der Bundesregierung aus, um eine leistungsfähige Infrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten?

3.5 Welche Bedeutung haben nach Auffassung der Bundesregierung Maßnahmen der Stadt- und Dorferneuerung, insbesondere Verbesserung der städtebaulichen Standortqualitäten zur Unterstützung des wirtschaftlichen Strukturwandels?

Welche Bdeutung haben nach Auffassung der Bundesregierung die Maßnahmen der Stadt- und Dorferneuerung bei der Bewältigung des Strukturwandels in Stadt und Land?

Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Stadt- und Dorferneuerung zur Überwindung von Problemen in strukturschwachen Gebieten bei?

3.6 Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß die lange Dauer von Genehmigungsverfahren bei Neu- und Umbauvorhaben gewerblicher und industrieller Anlagen die Investitionsentscheidungen deutscher Unternehmen negativ beeinflußt? Wie kann die notwendige Abstimmung der Vielzahl an Genehmigungsverfahren Beteiligter gestrafft werden, um die Zeit zwischen Antrag und Genehmigung wesentlich zu verkürzen?

3.7 Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für eine Vereinheitlichung der Verwaltungsverfahren und für eine Entbürokratisierung sowie für eine Straffung der Planungszeiten und für eine Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren?

3.8 Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der Bautätigkeit und den Stand der Wohnraumversorgung in der Bundesrepublik Deutschland?

3.9 Wie bewertet die Bundesregierung die Auffassung, daß die Kapitalmarktzinsen in der Bundesrepublik Deutschland zu hoch sind und die produktive Geldanlage etwa in Aktien nicht zuletzt durch steuerliche Benachteiligung wesentlich weniger attraktiv ist als die unproduktive?

4. *Strukturwandel und Arbeitsmarkt*

4.1 Wie hat sich der Strukturwandel auf die Beschäftigung insgesamt und in einzelnen Wirtschaftsbereichen ausgewirkt?

Welche Wirtschaftszweige waren am stärksten vom strukturbedingten Beschäftigungsabbau betroffen?

4.2 Welchen Beitrag können und müssen nach Meinung der Bundesregierung die Lohnpolitik und die Gestaltung der Arbeitsbedingungen – auch durch die Sozialpartner – bei der Bewältigung des Strukturwandels spielen?

4.3 Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten, im Rahmen der Lohnpolitik zukünftig stärker nach Sektoren und Regionen zu differenzieren?

4.4 Welche weiteren Maßnahmen können auch von den Tarifpartnern durchgeführt werden, um die Lohnnebenkosten zu senken bzw. zu stabilisieren?

4.5 Wie beurteilt die Bundesregierung wissenschaftliche Modellrechnungen, die zu dem Ergebnis erheblicher gesamtwirtschaftlicher Beschäftigungsgewinne durch einen fühlbaren Abbau von Subventionen gelangen?

4.6 Liegen der Bundesregierung Hinweise auf Freisetzungseffekte des technischen Fortschritts vor, und welche Schlußfolgerungen zieht sie daraus im Hinblick auf weitere Verkürzungen der Arbeitszeiten?

4.7 Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung flexibleren Arbeitszeiten und -formen im Prozeß des Strukturwandels zu?

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Auswirkungen von Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich oder die Nichtzulassung von Wochenendarbeit in kapitalintensiven Betrieben?

4.8 Welche Folgerungen sind nach Ansicht der Bundesregierung unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung für die Lebensarbeitszeit, insbesondere den Zeitpunkt des Eintritts in das Rentenalter zu ziehen?

4.9 Welche Möglichkeiten zur besseren Ausschöpfung des in den Dienstleistungszweigen liegenden Beschäftigungspotentials sieht die Bundesregierung?

4.10 Wie kann nach Auffassung der Bundesregierung den vom Strukturwandel besonders betroffenen Arbeitnehmern wirksam geholfen werden, ohne daß Anpassungsbereitschaft und Mobilität der Arbeitnehmer beeinträchtigt und sozialrechtliche Einstellungshürden neu geschaffen bzw. verstärkt werden?

4.11 In welcher Weise kann die Bundesregierung dazu beitragen, freiwerdenden Arbeitskräften aus der Landwirtschaft andere Existenzmöglichkeiten im ländlichen Raum zu eröffnen?

5. *Regionale Wirtschaftsentwicklung und Strukturwandel*

5.1 Welche Auswirkungen des Strukturwandels auf die regionale Wirtschaftsentwicklung sieht die Bundesregierung? Inwieweit lassen die verfügbaren Wirtschaftsdaten ein Süd-Nord-Gefälle und ein Stadt-Land-Gefälle in der Bundesrepublik Deutschland erkennen? Besteht ein Zusammenhang zwischen regionaler Wirtschaftsentwicklung und regionalen Lohn- und Einkommensunterschieden?

5.2 Worin müssen nach Ansicht der Bundesregierung die Schwerpunkte regionaler Wirtschaftspolitik liegen, und wie sind die Verantwortlichkeiten verteilt?

5.3 Wie beurteilt die Bundesregierung die regionale Mobilität der Arbeitnehmer und ihrer Familien? Durch welche Maßnahmen kann sie ggf. erhöht werden?

5.4 Welche Ansatzpunkte sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund des anhaltenden Strukturwandels in der Landwirtschaft, die Wirtschaftskraft ländlicher Räume zu erhalten bzw. zu verbessern?

5.5 Hält die Bundesregierung das Instrumentarium der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für geeignet, um die regionalpolitischen Ziele des Bundes zu erreichen? Wie ließe sich die Wirksamkeit der Regionalförderung verbessern? Wie lassen sich raumordnerische Belange besser zur Geltung bringen? Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Erweiterung des Schwerpunktorteprinzips und die Förderung auch von Investitionen außerhalb von Schwerpunktorten einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Strukturwandels in den Flächenregionen leisten könnte?

Wie könnte die Wirtschaftsstruktur in den peripher gelegenen Gebieten nach Ansicht der Bundesregierung auch durch verstärkte Investitionen der Deutschen Bundespost zum Ausbau der Telekommunikation verbessert werden?

5.6 Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die z. T. gravierenden Auswirkungen des Strukturwandels in den altindustriellen und ländlichen Regionen zu mildern und den Prozeß ihrer Umstrukturierung wirksam zu unterstützen?

5.7 Wie beurteilt die Bundesregierung die zukünftige Wirtschaftsentwicklung des Zonenrandgebietes, und welche Möglichkeiten sieht sie, die bisherige Präferenz der Förderung des Zonenrandgebietes zu gewährleisten?

5.8 Hält die Bundesregierung das Instrument der Zonenrandförderung für geeignet, um die andauernden Folgen der Teilung Deutschlands in ausreichendem Maße abzumildern, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die zum Teil äußerst gravierenden Folgen des agrarstrukturellen Wandels in den ländlichen Regionen des Zonenrandgebietes zu mildern?

6. *Qualifikation und Strukturwandel*

6.1 Welches sind nach Ansicht der Bundesregierung die wichtigsten Auswirkungen des Strukturwandels auf Berufsausbildung, Berufsstrukturen und Qualifikationen?

6.2 Welche Möglichkeiten bestehen hinsichtlich einer Abschätzung der künftigen Entwicklung des Bedarfs an Arbeitskräften nach Art und Umfang der Qualifikationen?

6.3 Sind die Bildungsziele und -inhalte im System der beruflichen Bildung geeignet, die Auszubildenden auf das künftige Berufsleben richtig vorzubereiten?

6.4 Wird in unserem Hochschulsystem eine im Hinblick auf den künftigen Bedarf der Wirtschaft insbesondere im Bereich der modernen Informations- und Kommunikationstechnik ausreichend große Zahl von Studenten ausgebildet, bzw. werden die neuen Informations- und Kommunikationstechniken in hinreichendem Umfang in die jeweiligen Fachstudienangebote integriert?

6.5 Hält die Bundesregierung eine Verkürzung der Ausbildungszeiten für erforderlich, und welche Maßnahmen werden unternommen, um dieses Ziel zu erreichen?

6.6 Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über den Umfang betrieblicher Weiterbildungsmöglichkeiten vor? Hält sie diese diesbezüglichen Aktivitäten der Unternehmen im Hinblick auf die steigende Notwendigkeit zur berufsbegleitenden Weiterqualifizierung für angemessen? Sind hierbei ausgeprägte Unterschiede zwischen kleinen und mittleren Unternehmen einerseits und Großunternehmen andererseits festzustellen?

6.7 Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, darauf hinzuwirken, daß sich die Fähigkeit und das Engagement insbsondere kleiner und mittlerer Unternehmen für die betriebliche Weiterbildung verstärkt?

6.8 Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über den Zusammenhang von Weiterbildungsengagement und wirtschaftlichem Erfolg der Unternehmen vor?

6.9 Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob und inwieweit Unternehmen die Weiterbildungsförderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) ganz oder teilweise als Ersatz für innerbetriebliche Weiterbildungsanstrengungen nutzen, indem sie Mitarbeiter freistellen und AFG-qualifizierte Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt anwerben?

6.10 Stehen den vom Strukturwandel betroffenen Arbeitnehmern ausreichende Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten zum Erwerb neuer beruflichen Qualifikationen inner- und außerhalb der Unternehmen zur Verfügung? Führen Umschulungsbemühungen nach Kenntnis der Bundesregierung hinreichend zu Einstellungen durch die Unternehmen?

6.11 Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit und Möglichkeiten, Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten in vom Strukturwandel besonders betroffenen Gebieten verstärkt zu unterstützen?

6.12 Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit von zusätzlichen Qualifizierungsprogrammen, um ansiedlungswilligen Unternehmen in vom Strukturwandel betroffenen Regionen bei der bedarfsspezifischen Qualifizierung zu helfen?

6.13 Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Bildungs- und Ausbildungschancen im ländlichen Raum zu erhalten bzw. auszubauen?

6.14 Erleichtern die sozial- und bildungspolitischen Programme der Europäischen Gemeinschaft nach Auffassung der Bundesregierung den wirtschaftlichen Strukturwandel und die Anpassungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt?

Bonn, den 10. März 1989

Dr. Biedenkopf
Carstensen (Nordstrand)
Frau Dempwolf
Funk (Gutenzell)
Herkenrath
Dr.-Ing. Kansy
Kraus
Dr. Lammert
Lintner
Schmidbauer
Dr. Schwörer
Frau Verhülsdonk
Zink
Dr. Blank
Borchert
Breuer
Eylmann
Fischer (Hamburg)
Ganz (St. Wendel)
Haungs
Graf Huyn
Jäger
Dr. Jobst
Kroll-Schlüter
Dr. Kunz (Weiden)
Magin
Marschewski
Dr. Möller
Müller (Wadern)
Müller (Wesseling)
Regenspurger
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Ruf
Sauer (Salzgitter)
Sauer (Stuttgart)
Schartz (Trier)
Scheu
von Schmude
Schreiber
Schwarz
Dr. Stark (Nürtingen)
Dr. Uelhoff
Graf von Waldburg-Zeil
Weirich
Weiß (Kaiserslautern)
Werner (Ulm)
Wilz
Frau Dr. Wisniewski
Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Dr. Hitschler
Beckmann
Bredehorn
Dr. Feldmann
Frau Folz-Steinacker
Funke
Gries
Grünbeck
Kohn
Dr.-Ing. Laermann
Frau Dr. Segall
Frau Seiler-Albring
Dr. Solms
Dr. Weng (Gerlingen)
Wolfgramm (Göttingen)
Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333